



Eine Zukunft für alle: Bundesregierung muss für Klimagerechtigkeit kämpfen

Wir befinden uns in einer globalen Krise der Umwelt, des Klimas und der Menschenrechte. Sie wirkt sich auf alle Bereiche des Lebens aus. Schon jetzt gefährden und verletzen Auswirkungen der Erderhitzung – von der steigenden Häufigkeit und Schwere von Überschwemmungen und Dürren über die Erwärmung des Ozeans bis hin zum Anstieg des Meeresspiegels – [die grundlegendsten Rechte](#) von Millionen Menschen: darunter das Recht auf Nahrung, auf körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Leben.

Die Klimakrise wird oft nicht als Krise der Gerechtigkeit und der Menschenrechte angesehen, die sie ist.

Diejenigen, die [am wenigsten zur Umwelt- und Klimakrise beigetragen haben](#) und den Folgen am wenigsten entgegensetzen können, sind [als erste und am schwersten betroffen](#). Die wachsenden und unverhältnismäßigen Auswirkungen der Klimakrise und ungerechter Maßnahmen auf bereits marginalisierte, diskriminierte und entrechtete Menschen auf der ganzen Welt vertiefen bestehende Vulnerabilitäten, Ausgrenzungen und Ungleichheiten. Sie bilden den Kern der Umwelt- und Klima-Ungerechtigkeiten unserer Zeit. Sie sind verwurzelt in oder verbunden mit sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen, historischen und politischen Beziehungen, Strukturen und Prozessen der Diskriminierung. Oft sind unter anderem indigene Gemeinschaften, Kinder, Frauen, Migrierende und Vertriebene, Menschen mit Behinderungen, Black and People of Colour und LGBTQI+-Personen am stärksten betroffen. So sind etwa Mädchen und Frauen häufig benachteiligt und von den Folgen der Klimakrise in besonders bedroht – etwa durch Armut oder Ernährungsunsicherheit. Für eine klimagerechte Zukunft müssen wir auch für Geschlechtergerechtigkeit kämpfen. Zugleich fehlt es besonders betroffenen Menschen vielerorts an politischer Macht, Beteiligungsmöglichkeiten und Zugang zum Recht. Für eine klimagerechte Zukunft müssen wir der Vielfalt unserer Gesellschaften Rechnung tragen und Menschenrechte ohne Diskriminierung achten, schützen und verwirklichen.

Als viertgrößte Volkswirtschaft der Welt ist Deutschland übermäßig für die globale Umweltzerstörung und Klimakrise verantwortlich: Es ist der [größte CO₂-Emittent der EU](#), bezieht rund [44 % des im Land erzeugten Stroms aus fossilen Brennstoffen](#) und ist innerhalb der EU der größte [Verursacher der globalen Waldzerstörung](#).

Deutschland muss seine Verpflichtung zu seinem Beitrag anerkennen, allen Gemeinschaften dieser Welt gleichberechtigten Zugang zu einer sicheren und gesunden Umwelt zu ermöglichen und die lebenserhaltenden Systeme unseres Planeten zu schützen. Die Bundesrepublik sollte auf dem Weg zu Klima- und Umweltgerechtigkeit vorangehen, um Mensch und Umwelt gleichermaßen zu schützen.

Laut NASA war 2020 das [wärmste Jahr](#) seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. [Die derzeitigen Maßnahmen reichen nicht aus](#), um das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Abkommens einzuhalten. Wir steuern auf gefährliche [Kipppunkte](#) zu, die unwiederbringliche Schäden an der natürlichen Umwelt und unseren Gesellschaften auslösen.

Eine ehrgeizige, gerechte Klimapolitik ist die beste Investition in eine nachhaltige Zukunft für unseren Planeten und uns selbst: Sie sichert eine Zukunft für kommende Generationen, schützt unsere Gesundheit, kann zur Verringerung von [extremer Armut](#) beitragen und [Millionen neuer Arbeitsplätze](#) schaffen. Deutschland hat das Potenzial, ein Innovationsstandort für kohlenstofffreie Technologien zu sein und einen nachhaltigen Wandel voranzutreiben.

Es braucht parteiübergreifendes Handeln im nächsten Bundestag. Und die neue Bundesregierung muss die Auswirkungen der Klimakrise auf Menschenrechte und die globale Gerechtigkeit anerkennen und konkrete Maßnahmen umsetzen, die der Dringlichkeit und dem Ausmaß der Herausforderung gerecht werden.

- Für ambitionierten Klimaschutz und -anpassung im Sinne internationaler Verpflichtungen und der Klimagerechtigkeit

Mittels konkreter, wissenschaftsbasierter Maßnahmen müssen die kommende Regierung und die Mitglieder des Bundestags alles dafür tun, die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erfüllen und die globale Erwärmung auf maximal 1,5 Grad zu begrenzen. Bis 2030 braucht es den vollständigen Kohleausstieg. Bis spätestens 2035 müssen wir CO₂-Neutralität erreichen, einschließlich einer vollständig erneuerbaren Energieversorgung. Ein nachhaltiger und sozial gerechter Wiederaufbau in Folge der Covid-19-Pandemie muss den Übergang zu einer kohlenstofffreien und grünen Wirtschaft vorantreiben.

Die Transformation zur Klimaneutralität muss sich über alle Sektoren erstrecken, von Energie, Transport und Bauwesen bis hin zu Landwirtschaft und Kleidung: hin zu einer nachhaltigen und kreislauforientierten Wirtschaft. Dazu gehört unter anderem ein sozial gerechtes System zur Bepreisung von CO₂. Parallel dazu muss der Schutz und die Stärkung natürlicher Senken wie Wälder, Moore und dem Ozean sichergestellt und klimaschädliche Subventionen beendet werden. Auf EU-Ebene sollte sich die Bundesrepublik für ein starkes Lieferkettengesetz mit eigenständigen umwelt- und klimabezogenen Sorgfaltspflichten einsetzen und die konsequente Umsetzung und Stärkung des deutschen Gesetzes fördern. Verantwortung für den Klimaschutz zu übernehmen bedeutet mehr, als allein die territorialen Emissionen zu betrachten.

- Für menschenrechtsbasierte Klimapolitik und -maßnahmen

Das Herz der Umweltgerechtigkeit ist der Schutz einer gesunden Umwelt für *alle* Menschen – unabhängig von Faktoren wie Geschlecht, Religion oder Einkommen. Die Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen auf dem Weg dorthin folgen menschenrechtlichen Verpflichtungen, Prinzipien und Standards. Wir müssen die Klimakrise aus ei-

nem menschenrechtlichen Blickwinkel betrachten und diejenigen schützen, die am verwundbarsten und als erste und am stärksten betroffen sind, und zugleich Armut, Diskriminierung und Ungleichheiten bekämpfen.

Prinzipien wie die Beteiligung betroffener Gemeinschaften, Transparenz und Nicht-Diskriminierung müssen in allen Klimamaßnahmen verankert werden. Die neue Regierung sollte sich für die konsequente Umsetzung bestehender Menschenrechtsinstrumente einsetzen und die Zusammenarbeit zwischen Klima- und Menschenrechtspolitik stärken. Maßnahmen sollten kontextsensitiv sein und unter Einbeziehung der betroffenen Menschen der Achtung, dem Schutz und der Erfüllung aller Menschenrechte dienen.

Die neue Regierung und der Bundestag sollten sich umgehend für die Entwicklung genauer Definitionen klimabedingter Migration und Flucht einsetzen. Dies ist der erste Schritt hin zu einem neuen rechtsverbindlichen, internationalen Abkommen zum Schutz von Menschen, die in Folge der Klimakrise ihre Heimat verlieren. Dieses sollte konkrete Mechanismen und die rechtlichen Verpflichtungen von Staaten mit einbeziehen.

- Für eine Politik weltweit gelebter Solidarität, Fairness und Zusammenarbeit

Die neue Regierung sollte den multilateralen Austausch zwischen Staaten, der Wissenschaft, internationalen Organisationen und weiterer Interessengruppen fördern – stets im Sinne der Umwelt- und Klimagerechtigkeit. Besonders betroffene Staaten müssen im Kapazitätsaufbau, dem menschenrechtsbasierten Klimaschutz, der Anpassung und der Bewältigung von Verlusten und Schäden mit einem transparenten und zuverlässigen System unterstützt werden. Auf der UN-Klimakonferenz sollte sich die deutsche Delegation für die menschenrechts- und gerechtigkeitsbasierte Ausgestaltung der Mechanismen stark machen. Deutschland muss zudem seiner wichtigen Rolle in der EU gerecht werden und sich aktiv für ein starkes, sozial gerechtes „Fit for 55“-Paket einsetzen, zumal das Zwischenziel der EU noch nicht mit dem 1,5-Grad-Ziel kompatibel ist.

Ein gerechtes und effektives System der Unterstützung von Gemeinschaften, die bereits unter den Auswirkungen der globalen Überhitzung leiden, muss umgehend entwickelt werden. Neben erhöhtem Technologietransfer ist die transparente Umsetzung der von der letzten Bundesregierung getätigten Zusage einer Steigerung der Klimafinanzierung auf jährlich sechs Milliarden Euro zentral sowie die Bereitstellung von deutlich mehr Mitteln für die Klimawandelanpassung. Die Erhöhung auf acht Milliarden Euro jährlich bis 2025 sollte anvisiert werden.

Gerechtigkeit ist möglich.

Im Jahr des bahnbrechenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 24. März 2021, das das Klimaschutzgesetz in Teilen als verfassungswidrig erklärte, eines Sommers verheerender Unwetter und vor der diesjährigen UN-Klimakonferenz, können wir im Sinne der globalen Gerechtigkeit handeln. Als wohlhabende Nation und angesichts seiner historischen Verantwortung muss Deutschland weltweit Maßnahmen zur Klima- und Umweltgerechtigkeit anführen und die mutlose Ära der Klimapolitik überwinden. Das Leben unzähliger Menschen kann geschützt und verbessert werden, wenn die deutsche Politik solidarisch und weitsichtig handelt. Die neue Regierung und die Mitglieder des Bundestags müssen alles in ihrer Macht Stehende tun, damit Klimagerechtigkeit Realität wird.